



Pressemitteilung

Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung

Februar 2004

*Neue Studie des Osteuropa-Institut München:**

Die nächste Runde der EU-Erweiterung: Die wirtschaftliche Beitrittsfähigkeit der Balkanländer

Die Studie des Osteuropa-Instituts kommt zu dem Ergebnis, dass Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Serbien und Montenegro (Balkan-4) erst in ein bis zwei Dekaden die Kopenhagener Kriterien für eine Aufnahme in die EU erfüllen werden. In diesen Ländern existiert neben den Transformationsproblemen eine ausgeprägte Entwicklungsproblematik im Zusammenspiel mit ethnischen Konflikten, die in fehlender Rechtssicherheit, schwacher staatlicher Governance und Korruption sowie der mangelnden sozialen Kohäsion zum Ausdruck kommt. Vor diesem Hintergrund schlägt die Studie eine Neufokussierung der externen Unterstützung vor, die weniger auf eine vollständige Übernahme EU-kompatibler Gesetze und Normen als vielmehr auf die Umsetzung einfacher Regelungen, die die vorhandenen Verwaltungskapazitäten nicht überfordern, abzielen sollte.

Mit dem seit 1999 entwickelten Konzept des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) hat die EU den westlichen Balkanländern die Perspektive der späteren Mitgliedschaft eröffnet. Nach der beschlossenen EU-Erweiterung von 10 Staaten zum 1. Mai 2004 und der Festlegung eines Fahrplans (road map) für Bulgarien und Rumänien untersucht die Studie Ausgangslage und Perspektiven eines Beitritts dieser Länder an Hand der Kopenhagener Kriterien „Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft“. Zwei weitere Kriterien, nämlich Governance und soziale Kohäsion, die nicht unter die Kopenhagener Wirtschaftskriterien fallen, werden zusätzlich zur Bewertung herangezogen.

Das Osteuropa-Institut sieht Kroatien vor Bulgarien und Rumänien am nächsten an der Erfüllung der Wirtschaftskriterien. Wenn die im Rahmen des SAA eingeleitete Harmonisierung der kroatischen Gesetzgebung mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand weiter vorangetrieben wird, kann auch Kroatien als funktionierende Marktwirtschaft betrachtet werden. Kroatien dürfte auch bei dem Kriterium der Wettbewerbsfähigkeit führen. Rumänien liegt hinter Bulgarien zurück, da neben Problemen mit der Zahlungsdisziplin die Modernisierung des Kapitalstocks und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit nur langsam vorangehen.

Noch deutlich entfernt von einer Erfüllung der Wirtschaftskriterien sind die Balkan-4. Die Außenhandelsstruktur dieser Länder weist auf eine geringe Wettbewerbsfähigkeit hin. Das Ranking des Osteuropa-Institut sieht Mazedonien aufgrund der höchsten makroökonomischen Stabilität der Balkan-4 mit Abstand hinter Rumänien. Albanien und Serbien u. Montenegro liegen etwa gleichauf, wobei allerdings die Schwachstellen unterschiedlich sind. Serbien u. Montenegro dürfte die bessere Wettbewerbsfähigkeit besitzen, weist aber u.a. wegen der ungeklärten staatlichen Struktur noch große Mängel bei der Privatisierung und Unternehmensregulierung auf. In Bosnien u. Herzegowina tritt die Problematik eines noch nicht hinreichend funktionierenden Staatswesens verstärkt auf, viele Wirtschaftsreformen werden auf Initiative der internationalen Gemeinschaft durchgeführt.

* Die Studie ist erschienen unter: Michael Knogler, Volkhart Vincentz, *EU-Erweiterung: Die wirtschaftliche Beitrittsfähigkeit der Balkanländer*, 100 S., Januar 2004, ISBN 3-921396-88-3. Die Studie kann von Ihrer Redaktion kostenlos angefordert werden und ist im Internet unter www.oei-muenchen.de verfügbar.

Kontakt: Dr. Michael Knogler, Tel.: 089-99 839 448, E-Mail: knogler@lrz.uni-muenchen.de